Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 77 (1983)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Widersprüchlich sind die Tendenzen, die sich in der Politik der letzten Wochen abzeichnen:

— In der Bundesrepublik Deutschland verlieren die Sozialdemokraten die Wahlen, während gleichzeitig die «Grünen» in den Bundestag einziehen und damit zu einem entschiedeneren Sozialismus beitragen dürften, als er seit «Godesberg» in Bonn jemals noch vertreten wurde.

— In der Schweiz weisen kantonale Wahlen in eine ähnliche Richtung: Geschwächt wird die Sozialdemokratie, aber keineswegs der Sozialismus.

— Und schliesslich zeigt die Novosti-Affäre, dass die Friedensbewegung offenbar schon so stark geworden ist, dass sich der Bundesrat mit ihr nicht mehr argumentativ, sondern nur noch auf dem Weg einer diffamierenden Drahtzieher-Theorie auseinandersetzen kann.

Affäre Novosti oder Affäre Friedrich?

Am 29. April hat der Bundesrat das Büro der sowjetischen Presseagentur Novosti wegen «nicht mit der Agenturtätigkeit zu vereinbarender, fortgesetzter und gravierender Einmischung in innerschweizerische Angelegenheiten» geschlossen. Der Novosti-Direktor für die Schweiz, Alexei Dumow, wurde des Landes verwiesen. Zwei Schweizer Journalisten, die bei Novosti angestellt waren, beide Mitglieder der kommunistischen Partei der Arbeit, stehen am Pranger. Sie werden bezichtigt, für Novosti Querverbindungen zur Friedensbewegung und zu Dienstverweigerern hergestellt zu haben. Das Novosti-Büro sei vor allem bei der Ausarbeitung des «Schweizer Appells für Frieden, gegen den Atomtod» und bei der Koordinierung der Unterschriftensammlung tätig gewesen. Eine wesentliche Rolle habe es auch bei der Durchführung der grossen Friedensdemonstration vom 5. Dezember 1981 in Bern übernommen.

Ein «politischer Entscheid»

Das tönt alles sehr vage und ist es auch. Mehr noch häufen sich die Widersprüche. Hat Alexei Dumow selbst die Friedensbewegung ferngesteuert? Das behauptet auch das federführende Justiz- und Polizeidepartement nicht. Nach Beweisen für die angebliche Einmischung des Novosti-Büros in innerschweizerische Angelegenheiten gefragt, bemüht der neue Departementsvorsteher Rudolf Friedrich immer nur die beiden schweizerischen Mittelsmänner. Dass diese für die Friedensbewegung eintreten und mit Dienstverweigerern in Kontakt stehen, ist unbestritten. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob sie sich im Auftrag von Novosti in «innerschweizerische Angelegenheiten» eingemischt haben. Wäre das der Fall, dann hätten sie sich strafbar gemacht, sei es im Sinne von Art. 266 (Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft) oder sei es nach Art. 266bis (Gegen die Sicherheit der Schweiz gerichtete ausländische Unternehmungen und Bestrebungen) des Strafgesetzbuches. Nun sagt aber Bundesrat Friedrich höchstpersönlich, die Voraussetzungen für eine strafbare Handlung seien bei den beiden Novosti-Mitarbeitern nicht gegeben. Also haben sie auch nicht im Auftrag von Novosti gehandelt; folglich hat Novosti gar

keine Aufträge erteilt; und die Novosti-Affäre erweist sich als ein bundesrätlicher Willkürakt, als Affäre Friedrich.
Der Chef der Bundespolizei, Peter Huber, spricht von einem «politischen Entscheid» — wie immer, wenn ein Entscheid rechtlich nicht haltbar, rechtsstaatlich nicht vertretbar ist. Denn was anderes haben die beiden Schweizer Journalisten getan, als von ihrem Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch gemacht? Dass sie die Aussenpolitik der Sowjetunion für vernünftiger halten als das Imponiergehabe der Reagan-Administration, ist — auch in der Schweiz — keine strafbare Handlung. Und dass sie als PdA-Mitglieder eher von Novosti angestellt wurden als von der NZZ, leuchtet ebenfalls ein.

Das Feindbild muss stimmen

Doch warum diese Willkür? Ich habe darauf nur eine Antwort: Das Feindbild muss wieder stimmen. Die Friedensbewegung ist offenbar so mächtig geworden, dass sie nur noch durch die Enttarnung der angeblichen Drahtzieher aus Moskau erledigt werden kann. Von einer «Fernsteuerung» der Friedensbewegung reden Bundesrat Chevallaz und die Exponenten der Offiziersgesellschaft ja schon lange daher (vgl. NW 1982, S. 92). Dem «rationaler» agierenden Herrn Friedrich blieb es vorbehalten, den bundesrätlichen Beweisnotstand auf seine Weise zu beheben. Er verfiel auf die Idee, das Novosti-Büro in Bern zu schliessen und so für die behauptete Drahtzieher-Theorie zwar keinen Beweis, aber doch das «Beweisehrenwort» des Bundesrates geltend zu machen. Dadurch wurde das Unternehmen aber nicht glaubwürdiger, zumal sich Aussenminister Aubert der Lagebeurteilung des Kollegen Friedrich nicht anschliessen konnte. Offen geblieben ist auch die Frage, warum Novosti Bern geschlossen wurde, Novosti Genf aber weiterarbeiten darf.
Herr Friedrich ist auch als Bundesrat sich selbst geblieben. Den «Ost-West-Konflikt» dürfte er weiterhin «hauptsächlich auf die expansive Politik der Sowjetunion», auf «die gewalttätige Natur der Sowjetpolitik» und auf deren «gewaltige Militärmacht» zurückführen, für den «amerikanischen Schutzschild» hingegen nur Worte des Lobes finden (vgl. NW 1982, S. 91). «Einmischung in innerschweizerische Angelegenheiten» kann es allein von östlicher Seite geben. Die Propaganda-Agenturen der USA sind tabu. Wer mit ihnen, zum Beispiel im Rahmen der exklusiven «Bilderberger»-Konferenzen, zusammenarbeitet, landet eher im Bundesrat als im Gefängnis. Gewiss wird Herr Friedrich auch nie etwas gegen die südafrikanische «Lobby» unternehmen, die in der Schweiz eine Unterstützung geniesst, von der ein Alexei Dumow bestenfalls träumen kann.
Übrigens: Lesen Sie nochmals den «Schweizer Appell für den Frieden, gegen den Atomtod», den wir im Oktoberheft 1981 dokumentiert haben. Ich würde diesen «Freeze»-Appell heute noch unterschreiben. Und sollte es sich herausstellen, dass er tatsächlich von kommunistischer Seite ausgearbeitet worden wäre, so spräche das auch nicht gegen ihn, sondern eher für die Vernunft seiner Verfasser.

SP Zürich:
«schwerste Niederlage ihrer Geschichte»

Bei den Zürcher Kantonsratswahlen vom 24. April verlor die Sozialdemokratische Partei 14 Mandate und 20 Prozent ihrer bisherigen Wähler, in der Stadt Zürich sogar 25 Prozent. Wo liegen die Ursachen für diese nach den Worten des Vizepräsidenten der Kantonalpartei «schwerste Niederlage ihrer Geschichte»? Die bürgerliche Presse glaubt es wieder einmal zu wissen. Am Tag nach der Wahl triumphierte zum Beispiel der «Zürcher Oberländer» über «die späte Quittung der Wähler für die Abkehr dieser grossen Linkspartei von der Arbeiterschaft hin zu neolinken Ideologen». Also zurück in die 50er Jahre, in den Kalten Krieg, in die sozialdemokratische Verbürgerlichung,

und die Wähler werden der SP wieder zuhauf zuströmen!?

Zuwachs für das rot-grüne Protestpotential

Die sechs Mandatsgewinne für die bürgerlichen Parteien FDP, SVP und CVP sind nun allerdings kein sehr überzeugender Beweis für die These, dass die Wähler sich wegen «neolinker Ideologen» von der SP abgewendet hätten. Noch deutlicher wird diese These widerlegt, wenn wir die Stimmenprozente betrachten, die auf die einzelnen Parteien entfielen. Die 5,2 Prozent, um die der Wähleranteil der SP (von 25,1 auf 19,9 Prozent) zurückging, wurden nämlich zu 4,8 Prozent durch Gewinne der «Grünen» und der links von der SP agierenden Parteien kompensiert. Dass sich deren Zugewinn nicht auch in einer entsprechenden Mandatszahl niederschlug, hängt mit der Zersplitterung dieser Links- und «Ökopax»-Parteien sowie mit den Eigenheiten des Proporzverfahrens zusammen. Der Bürgerblock hat jedenfalls kein einziges Stimmenprozent dazugewonnen, sondern er stagniert im Gegenteil bei einem leichten Wählerverlust von 0,2 Prozent.

Was aber konnte frühere SP-Wähler dazu bewegen, ihre Stimme diesmal Parteien zu geben, die sie entweder für konsequenter sozialistisch oder für konsequenter ökologisch hielten? Sicher nicht eine «neolinke Ideologie» in der Parteiführung, wie bürgerliche Pressestimmen, dem Wunsch als Vater des Gedankens folgend, meinten. Sicher auch nicht die Jugendpolitik der Stadtpartei; denn wer geht schon aus Opposition gegen das AJZ zu den Progressiven Organisationen (Poch) oder zu den «Grünen»? Ebensowenig die verketzerte Wirtschaftsinitiative, die von der SP zur Schaffung umweltgerechter Arbeitsplätze lanciert wurde.

Nein, am 24. April wurde das politische Bürgertum nicht gestärkt, zugenommen hat vielmehr das rote und grüne Protestpotential ausserhalb der SP. Das bestätigte am selben Tag der Ausgang der Grossratswahlen in Luzern. Hier konnten die Progressiven Organisationen, die sich heute um eine konsequente Wiedervereinigung von Ökologie und Ökonomie bemühen, mit den Sozialdemokraten fast gleichziehen. Die SP fiel von 7,9 auf 7,0 Prozent zurück, die Poch hingegen steigerte ihren Wähleranteil von 3,2 auf 6,1 Prozent.

Entfesselung der Produktivkräfte ist nicht Sozialismus

Die Analyse dieser Wahlen lässt nur einen Schluss zu: Die Sozialdemokratie verliert ihre Wähler nicht, weil sie zu radikal gewesen wäre, sondern weil sie es immer noch zu wenig ist. Radikaler müsste sie vor allem angesichts der «Grenzen des Wachstums» denken und handeln lernen. Im — durchaus berechtigten — Kampf um Arbeitsplätze geht ihr die ökologische Fragestellung verloren. Arbeit wird mit Erwerbstätigkeit gleichgesetzt; woraus jedoch der Erwerb resultiert, ob aus dem Bau eines AKW oder aus der Wärmeisolierung von Bauten, ob aus der Arbeit in einem Krankenheim oder in der Rüstungsindustrie, bleibt von untergeordneter Bedeutung. Winkt das politische Bürgertum mit beschäftigungspolitischen Massnahmen, so ist auch der ökologisch orientierte Teil der Sozialdemokratie fast beliebig erpressbar.

Im Sinne von Karl Marx hat die Sozialdemokratie von allem Anfang an ihre Hoffnung in die Entfaltung, ja Entfesselung der Produktivkräfte gesetzt. Sie hat zu lange nicht erkannt, dass unter kapitalistischen (auch «staatskapitalistischen») Bedingungen die Produktivkräfte zu Destruktivkräften werden können, dass dort, wo Menschen ausgebeutet werden, immer auch die Natur ausgebeutet wird (und umgekehrt). Im Sinne von Marx? So naive wäre er sicher nicht gewesen, Produktivkräfte im Sozialismus mit Produktivkräften im Kapitalismus gleichzusetzen. Für ihn war Arbeit jedenfalls nicht Ausplünderung oder Übernutzung der Natur, sondern das genaue Ge-

genteil: «Stoffwechsel mit der Natur», ja partnerschaftlicher Umgang mit der Natur, «Humanisierung der Natur» und «Naturalisierung des Menschen».
Wir müssen heute anerkennen, dass unser Sozialprodukt nicht nur das Ergebnis von Arbeit und Kapital ist, sondern dass die Natur als weiterer Produktionsfaktor hinzukommt; denn ohne Boden, Energie und Rohstoffe gibt es weder Produktion noch Konsum. Die traditionelle Wirtschaftsweise konnte diesen Produktionsfaktor vernachlässigen, da sie sich weitgehend im ökologischen Kreislauf bewegte: Beansprucht wurden in der Regel nur erneuerbare Ressourcen, bei denen die Abfallstoffe wieder als Ausgangsmaterial des nächsten Produktionsprozesses dienten. Die heutige Produktionsweise ist eine ganz andere: Wir produzieren nicht mehr aus dem, was die Natur uns schenkt, sondern wir sind dazu übergegangen, Raubbau an der Natur zu treiben. Gleichzeitig leben wir auf Pump, und zwar zu Lasten der kommenden Generationen; denn bei einem nichterneuerbaren Gesamtvorrat einer Ressource geht der heutige Verbrauch auf Kosten des künftigen Verbrauchers. Diese Entfesselung der Produktivkräfte hat mit Sozialismus nichts mehr zu tun.
«Arbeit für alle» ist nur zu verantworten, wenn damit «*sinnvolle* Arbeit für alle» gemeint ist. Es ist nicht gleichgültig, was und wie wir produzieren. Wir müssen daher auch die Bedingungen schaffen, unter denen wir Produkte und Produktion unserer Wirtschaft mitverantworten können. Dass aus der Mitverantwortung für die Arbeit, die Natur, die Schöpfung, die Mitbestimmung des arbeitenden Menschen folgt, ist so selbstverständlich, dass gerade in unserer zweifachen Krise der Wirtschaft und der Umwelt die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel mit neuem Nachdruck gefordert werden müsste. Wer anders als eine selbstbewusste Sozialdemokratie wäre dazu berufen, diese Demokratisierung zu erkämpfen und in tragfähige Modelle umzusetzen? — Gewiss, die Wirtschaftsinitiative der SP des Kantons Zürich weist bereits in diese Richtung. Aber sie wurde zu keinem günstigen Zeitpunkt lanciert und erschien vielen Stimmbürgern als «rot-grüner Wahlschlager». Sie kam auf jeden Fall zu spät, um «grüne» Wähler noch umstimmen zu können.

Mehr Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland

Gegenüber der heutigen Wirtschafts- und Umweltkrise versagt hat vor allem auch die deutsche Sozialdemokratie. Als sich die Arbeitslosenzahl der Zwei-Millionen-Grenze näherte, sah die sozial-liberale Koalition ihr Heil nur noch in der «Ankurbelung der Wirtschaft». Sie übersah dabei, dass Investitionen, wenn sie nicht qualitativ bestimmt werden, heute weit eher Arbeitsplätze wegrationalisieren als neue schaffen. Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von jährlich drei Prozent würde die Arbeitslosigkeit in der BRD noch zunehmen. Erst bei einem Zuwachs um sechs Prozent wäre die Vollbeschäftigung wieder erreicht. Aber um welchen Preis? Im Jahre 1995 müssten doppelt so viele Autos, Fernsehgeräte und Waschmaschinen verkauft und wohl auch doppelt so viele Rohstoffe verzehrt werden, von der weiteren Ausplünderung der Dritten Welt ganz zu schweigen.

SPD als bessere CDU

Nachdem die SPD sich während vieler Jahre nur wie eine bessere CDU verhalten hatte, musste es so weit kommen, dass sich auch die CDU dem Wähler als bessere SPD empfehlen konnte. Die SPD hat als Regierungspartei nicht das geringste unternommen, um den Kapitalismus zu überwinden. Entscheidende Ansätze zu einer solchen Systemveränderung wie insbesondere die Mitbestimmung in der Montanindustrie stammen aus der Adenauerzeit . . . Wenn die SPD aber den Kapitalismus bejaht und Ar-

beitslosigkeit oder Umweltzerstörung wie eine Mischung von Sachzwängen und Schicksalsfügungen hinnimmt, dann darf sie sich nicht wundern, wenn 1,6 Millionen SPD-Wähler zur CDU/CSU wechseln, die wenigstens das «Vertrauen der Wirtschaft» geniesst. Der Investitionsstreik jener Firmen, die ihre Geschäftsabschlüsse von einem «günstigen» Ausgang der Märzwahl abhängig machten, war nur die Quittung für die fehlende Demokratisierung der westdeutschen Wirtschaft.

Versagt hat die SPD vor allem in der Raketenfrage. Sie opponierte zu wenig entschieden gegen die amerikanische Null-Option: Wenn die Sowjetunion nicht alle Mittelstreckenraketen abbaue, müsse die Nato alle 572 Cruise Missiles und Pershing-2-Raketen aufstellen. Die SPD lavierte, wo es nur das unmissverständliche Nein hätte geben dürfen. Aber wie anders sollte sie sich verhalten, nachdem ihr Kanzler Helmut Schmidt es war, der den Amerikanern unter dem — zunächst widerstrebenden — Präsidenten Carter die Fiktion einer «Nachrüstung» aufgenötigt hatte? Das Nein ohne Wenn und Aber kam nur von seiten der «Grünen». Sie wurden zum Hoffnungsträger vieler linker Wähler und nicht zuletzt der religiösen Sozialisten in der BRD (vgl. NW 1983, S. 59ff.).

Die «Grünen» — das schlechte Gewissen der SPD

Mit nurmehr 38,2 Prozent Wähleranteil erlitt die SPD am 6. März eine unerwartet hohe Niederlage. Doch der Sieg der bürgerlichen Koalition von CDU/CSU und FDP ist trotzdem nicht überwältigend ausgefallen. Der Bürgerblock verlor sogar ein Mandat, während die «Grünen» zwei Mandate mehr hinzugewannen, als die SPD einbüsste. Die Linke ist aber nicht nur numerisch leicht stärker geworden, sie hat vor allem auch eine neue Qualität im Bundestag erreicht. Die «Grünen» werden gegenüber der SPD dieselbe Funktion wahrnehmen, die andernorts den Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zukommt: Die Opposition von ganz links lässt eine sozialdemokratische Partei nicht mehr zur Ruhe kommen und zwingt sie zu geradlinigerem Auftreten, zu mehr Sozialismus. Nur wo Parteien links der Sozialdemokratie stark sind, entgeht diese der Vereinnahmung durch die bürgerliche Gesellschaft. Die «Grünen» werden das schlechte Gewissen der ihren Ursprüngen entfremdeten SPD sein.

Ein «Programm der Erneuerung» für die SPD

Die Gefahren, die von einer aus CDU/CSU und FDP bestehenden Regierung ausgehen, sollten wir natürlich nicht unterschätzen: Eine weitere Verhärtung gegenüber den Oststaaten, vor allem gegenüber der DDR, zeichnet sich ab, ist auch das offenkundige Ziel des im Hintergrund wirkenden Franz Josef Strauss. Südafrika gewinnt neue Freunde in Bonn. Die Richtlinien für den Waffenexport werden gelockert. Die Hilfe an die Dritte Welt wird vom Wohlverhalten der Empfängerländer abhängig gemacht. Im Innern gibt es wieder mehr Staatsfeinde und mehr Berufsverbote. Die Ideologie von «mehr Freiheit und weniger Staat» gewinnt an Boden. Steuergeschenke an die Reichen sollen die Arbeitsplätze erhalten. Die Zeche für diese Erpressung haben Schüler, Studenten, Mieter und Rentner zu bezahlen. Die Umverteilung von unten nach oben ist in vollem Gang. Was unten ist, soll merken, dass es nur geht, wenn oben die Kasse stimmt. Das alles kommt im Pathos des Unverbindlichen daher. Die Reden des Kanzlers Kohl erschöpfen sich in wohlklingenden Gemeinplätzen, zu deren Rechtfertigung er selbst noch den wohlklingenden Gemeinplatz bereithält, er sei eben ein «Generalist». Sein «Programm der Erneuerung» weist nicht in die Zukunft, sondern restauriert die Restauration der 50er Jahre.

Dennoch dürfte Kohls «Programm der Erneuerung» vor allem die Erneuerung der SPD zur Folge haben. Ich sehe die

Chance dieser Partei in einer gemeinsamen Opposition mit Pazifisten, Umweltschützern, Sozialisten und Christen. Ihr gegenüber kann die CDU/CSU, auch wenn sie an der Macht ist, weniger ausrichten, als wenn sie formal zwar nur die parlamentarische Opposition bildet, in einem sozialdemokratischen Kanzler aber ihren festen Brückenkopf hat. Das politische Bürgertum ist an der Macht heute weniger mächtig als in den Jahren der Opposition, als Helmut Schmidt sein bester Krisenmanager war und die SPD sich in dessen Schlepptau dem Kapitalismus als Reparaturkolonne andiente. Ich sehe vor allem, dass die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden ungleich schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden ist. Eher würden Hunderttausende von gewaltfreien Friedenskämpfern ihr Widerstandsrecht gegen dieses «Teufelszeug» (Willy Brandt) ausüben. Und sie wären stärker denn je — dank dem Wahlsieg der CDU/CSU.

veranstalten und **Das Bildungshaus Bad Schönbrunn der Christliche Friedensdienst**

Friedenswochen-Werkstatt

12. - 16. Juni 1983, im Bildungshaus Bad Schönbrunn

Wir bieten vier Werkstatt - Tage an für Menschen, die in ihrer Umgebung Abende, Wochenenden oder Wochen zur Friedensthematik durchführen möchten (und sich das bisher vielleicht nicht ganz zutrauen. . .). Wir denken an Pfarreien, Kirchgemeinden, Gemeinschaftszentren, Schulen. Die Werkstatt kann zwischen einer Schnupperlehre und einem Trainingslager angesiedelt werden.
Wir arbeiten mit Beispielen, Bildern, Rollenspielen und entwerfen eigene Skizzen.

Sonntag, 12. Juni	Anreise vor 18 Uhr Einführung
Montag, 13. Juni	In welchem Rahmen, mit welchen Partnern Friedenstage/-wochen aufbauen? Exemplarische Arbeit am Thema «Frau und Militarismus».
Dienstag/Mittwoch 14./15. Juni	Arbeitsgruppen gemäss Interessen Beiprogramm für Nischen: Meditation, ein Fest, Markt der Möglichkeiten Mögliche Einlagen: Bewegungsübungen und Spiele, Singen und Musik
Donnerstag, 16. Juni	Austausch und Gesamtauswertung Abreise 13 Uhr
Auskunft bei:	Christlicher Friedensdienst, Tel. 01 251 40 10

Niklaus Brantschen/Christa Schneider, Bildungshaus Bad Schönbrunn
Ueli Wildberger/Christian Blaser/Reni Huber/Bettina Kurz, Christlicher Friedensdienst